DAS MAGAZIN
DER BAYERISCHEN GRÜNEN



VERSORGUNG, AUF DIE VERLASS IST

DEZEMBER 2020

EIKE HALLITZKY:
GESUND UND SOLIDARISCH DURCH DEN WINTER

LUDWIG HARTMANN:
GEMEINSAM GEGEN CORONA UND KLIMAKRISE

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
BAYERN

DIGITALER PARTEITAG

EIN UPDATE FÜR DIE WIRTSCHAFT

Berge aus Kabeln, Wände aus Monitoren, Kameras in jedem Winkel – die grüne Landesgeschäftsstelle in München wurde abermals zum Filmstudio verwandelt. 348 Delegierte schalteten sich am 14. November zum digitalen Parteitag zusammen, um ein Zukunftskonzept für die bayerische Wirtschaft zu beschließen.

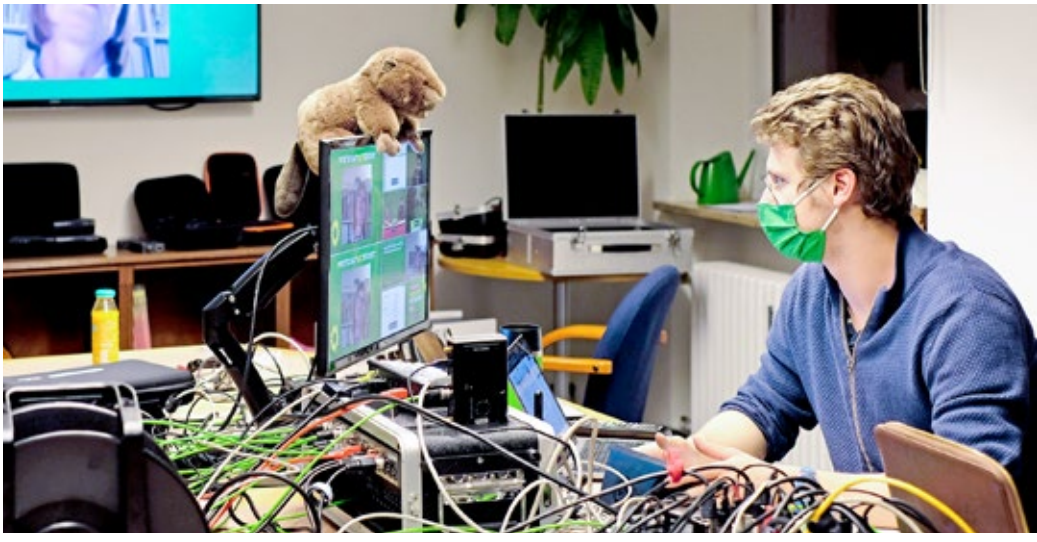
Besonders in Krisenzeiten sind politischer Austausch und eine funktionsfähige Parteiarbeit essenziell. Wir brauchen in der Corona-Krise weitsichtige politische Entscheidungen – genau wie in der Klimakrise. Gerade jetzt, wenn zahlreiche Unternehmen finanziell vom Staat unterstützt werden, braucht es zielgerichtete Investitionen und eine klare Vision für Bayerns Wirtschaft. Auf unserem Parteitag haben wir diese Vision für eine Wirtschaft mit Zukunft ausbuchstabiert – im Einklang mit dem Klima und einer sozial gerechten Gesellschaft.

„Nur wenn sich Bayerns Wirtschaft sozial und ökologisch weiterentwickelt, werden Arbeitsplätze sicher und die Unternehmen krisenfest und konkurrenzfähig," betonte unsere Parteivorsitzende Eva Lettenbauer. „Was die Unternehmen brauchen, ist Planungssicherheit und eine Politik, die entschlossen vorangeht." Konkret soll der Mittelstand mit 300 Millionen Euro bei ökologischen Innovationen unterstützt werden, damit er wettbewerbsfähig bleibt. Es braucht außerdem eine bayerische grüne Wasserstoffstrategie, die innovative Technologien für schwere Nutzfahrzeuge, Luftfahrt und industrielle Prozesse fördert. Und natürlich muss die Energie- und Wärmewende konsequent angepackt werden, damit der Strom 2030 zu 100 Prozent erneuerbar ist. Eine funktionierende öffentliche Mobilität in ganz Bayern gehört ebenso zum grünen Zukunftsplan wie schnelles Internet an jeder Milchkanne.

Die ökologische Weiterentwicklung der Wirtschaft kann nur zusammen mit einer starken, sozial gerechten Gesellschaft gelingen. Um alle Menschen mitzunehmen, beschlossen die Delegierten deshalb auch ein Recht auf lebenslanges Fortbilden für alle. Außerdem soll die soziale Infrastruktur in ganz Bayern flächendeckend ausgebaut werden.

Nach dem zweiten digitalen Parteitag können wir bayerische Grüne mit Fug und Recht behaupten: Wir haben unserem politischen Arbeiten ein digitales Update gegeben. Klar, ein Online-Treffen kann das persönliche Ratschen und Diskutieren während eines Präsenz-Parteitags nicht ersetzen. Aber es ist uns gelungen, zusammenzukommen und unsere politischen Vorhaben zu beschließen. Jetzt gilt es, unsere Konzepte umzusetzen, damit die bayerische Wirtschaft ein nachhaltiges Update bekommt.

gruene-bayern.de/wirtschaft



LEXIKON

BÜRGER-VERSICHERUNG



Eine gleichwertige Kranken- und Rentenversicherung für ausnahmslos alle Menschen – das ist die Grundidee der Bürgerversicherung. Wir setzen uns für ihre Einführung auf Bundesebene ein, weil wir darin einen wichtigen Baustein für die soziale und gerechte Gesellschaft der Zukunft sehen. So funktioniert's: Alle Bürger*innen zahlen anteilig je nach Gehalt und Vermögen in die gleiche Kasse ein. So werden eine medizinische Grundversorgung und die Versorgung im Alter für alle gesichert. Das bringt auch die Abschaffung des Systems aus gesetzlichen und privaten Krankenkassen mit sich, zumindest für die Grundversorgung. Das heißt, alle Patient*innen erhalten die gleichen Leistungen. Für jede*n ist ein schneller Termin in der Facharztpraxis möglich. Grundlage hierfür ist die Solidarität: Stärkere stehen für Schwächere ein, Besserverdienende für Geringverdienende, Gesunde für weniger Gesunde. Denn nur eine solidarische Gesellschaft kann soziale Gerechtigkeit für alle herstellen.



EIKE HALLITZKY, LANDESVORSITZENDER

GESUND UND SOLIDARISCH DURCH DEN WINTER

Die Corona-Krise prägt unser Leben nun schon fast ein Jahr lang. Die allermeisten Bürger*innen Bayerns – Junge wie Alte – nehmen ihre Verantwortung weiterhin sehr ernst und beweisen Solidarität, indem sie ihre physischen Kontakte einschränken. Und dennoch: Das rasante Wachstum der Infektionszahlen hat unser Gesundheitssystem im Herbst an die Grenze der Überforderung gebracht. Deshalb war der zweite Lockdown trotz der drastischen Grundrechtseingriffe notwendig.

Wir bayerischen GRÜNEN haben die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie von Anfang an konstruktiv und kritisch begleitet. Viele Verbesserungen wurden erst auf unseren massiven Druck hin umgesetzt, etwa die Unterstützung von Soloselbständigen und Künstler*innen oder das Offenhalten von Kitas und Schulen so lange wie möglich. Was wir nicht verhindern konnten, war die Untätigkeit der Staatsregierung über den Sommer. Bayern braucht jetzt dringend eine klare, differenzierte und verlässliche Strategie für den Pandemiewinter. Wir brauchen mehr Personal in den Gesundheitsämtern und Schulen sowie Schnelltests, damit Kontakte wieder möglich werden und Heimbewohner*innen weiter besucht werden können. Und wir brauchen detaillierte Erkenntnisse darüber, wie und wo sich Menschen tatsächlich anstecken, damit politische Maßnahmen gezielter getroffen werden können.

Wir bayerischen GRÜNEN wollen den Menschen in dieser Zeit Sicherheit geben und dafür sorgen, dass das öffentliche Leben mit passgenauen Hygienekonzepten wieder stattfinden kann. Dazu gehört für uns auch, dass wir diese Debatte aus den Hinterzimmern der Staatsregierung dorthin bringen, wo sie hingehört: in das bayerische Parlament – damit die Infektionskrise nicht zur Vertrauenskrise wird.

Eure Eike

Ein Wort in eigener Sache

An dieser Stelle möchte ich noch ein paar Sätze in eigener Sache an euch richten: Über sechs Jahre durfte ich nun gemeinsam mit euch die Politik der bayerischen GRÜNEN gestalten. Bei unserem nächsten Parteitag werde ich nicht mehr als Vorsitzender kandidieren, deshalb möchte ich euch allen heute aus vollem Herzen DANKE sagen. Wir haben es gemeinsam geschafft, dass an unseren zentralen Themen – dem Schutz der Lebensgrundlagen und dem sozialen Zusammenhalt – niemand mehr vorbeikommt, und dass wir heute mit großem Ernst den Anspruch erheben dürfen, zu regieren und unser Land in eine gute Zukunft zu führen. Unsere Geschlossenheit, unser Gestaltungsoptimismus, unsere klare Haltung – das ist es, was unsere politische Kraft ausmacht. Bewahrt euch diese Leidenschaft, denn die Bürger*innen Bayerns und Deutschlands brauchen starke GRÜNE. Und jetzt auf in einen erfolgreichen Bundestagswahlkampf!

Foto: Simona Kehl



HINTERGRUND

„VOM ZUSCHAUEN ALLEIN LERNT MAN SCHLECHT“

Dr. Ulrike Bechtel ist Chefärztin für Innere Medizin an der Kreisklinik St. Elisabeth in Dillingen. Dort entwickelte sie ein Ausbildungskonzept für Landärzt*innen, das deutschlandweit Vorbild ist. Unsere Landesvorsitzende Eva Lettenbauer sprach mit ihr über die Corona-Krise und darüber, was es für eine gute Gesundheitsversorgung auf dem Land braucht.



Eva Lettenbauer: Vielen Dank, dass Sie sich mitten in der Corona-Krise Zeit für ein Gespräch nehmen! Wie haben Sie die Pandemie bisher erlebt?
Dr. Ulrike Bechtel: Die erste Welle im Frühjahr hat viel Kraft und Zeit gekostet. Um die Sicherheit aller Patienten zu gewährleisten, mussten wir das Krankenhaus neu organisieren, mehr Platz für Infizierte schaffen und Betten für Verdachtsfälle freihalten. Auf diese Pläne können wir jetzt im zweiten Lockdown zurückgreifen. Auch die Lager für Schutzausrüstung sind besser gefüllt als im Frühjahr. Insofern sind wir gut vorbereitet – wir sind uns des Ernstes der Lage aber auch sehr bewusst.

Was ist Ihre Botschaft an diejenigen, die die bedrohliche Situation aktuell nicht so deutlich sehen?
Dieses Virus nutzt jeden Menschen, den es kriegen kann, als öffentliches Verkehrsmittel. Vor allem in privaten Räumen, wenn wir die Masken abnehmen und uns sicher fühlen, übertragen wir das Virus leicht. Es kommen jetzt täglich Menschen zu uns in die Kreiskliniken, die an Covid-19 erkrankt sind. Ich appelliere an alle: Bitte denken Sie an die Menschen, die daran sterben können oder wochenlang um Luft ringen – und denken Sie an das medizinische Personal. Wer soll sich um die Patienten kümmern, wenn wir uns infizieren? Wir müssen alle weiterhin Maske tragen, vernünftig sein und Kontakte minimieren.
Danke für Ihre eindringlichen Worte! Ich sehe es wie Sie: Unser aller Solidarität ist weiter dringend gefragt. Was brauchen Sie derzeit sonst noch an Unterstützung?
Gut wäre es natürlich, wenn wir schon eine Impfung hätten. Realistischer sind die Antigenschnelltests, die inzwischen zugelassen sind – von denen haben wir

aber noch viel zu wenige, dabei wären sie eine wichtige Hilfe bei Verdachtsfällen.

Wie ist es jenseits von Corona aus Ihrer Sicht um die Gesundheitsversorgung in Bayern bestellt? Vor allem die Entwicklung auf dem Land beobachten wir Grüne mit Sorge, Hausärzt*innen finden dort oft keine Nachfolge mehr.

Im ganzen medizinischen System sind zu wenige Menschen für die Arbeit, die zu tun ist, und besonders auf dem Land fehlt es an ärztlichem Nachwuchs. Wenn junge Mediziner nach einem langen Studium in der Großstadt ihren Abschluss haben, bleiben sie meist dort, weil auch in der Stadt viele Stellen offen sind. Als ich 2008 in Dillingen als Chefärztin angefangen habe, haben wir schlicht keine Assistenzärzte mehr gefunden – so konnten wir auch keine gut ausgebildeten Mediziner mehr an die ländlichen Hausarztpraxen übergeben. Wir mussten uns also etwas innovatives Neues überlegen, um attraktiver zu werden.

Sie haben dann die „Medizinische AKADemie" entwickelt, ein innovatives Ausbildungsprogramm für Landärzt*innen. Verraten Sie uns: Wie gelingt es, junge Ärztinnen und Ärzte für den Landarztberuf zu begeistern?

Wir machen den jungen Menschen den Einstieg so leicht wie möglich und geben ihnen Sicherheit. Wir bieten eine exzellente praxisnahe Ausbildung und trauen es den jungen Leuten von Anfang an zu, direkt an den Patienten zu arbeiten – natürlich nicht alleine, sondern mit einer Eins-zu-eins-Betreuung durch erfahrende Fachärztinnen und -ärzte. Die helfen zum Beispiel ganz konkret, die Hand beim Ultraschall zu führen. Denn nur vom Zuschauen allein lernt man schlecht. In meiner Assistenzzeit hätte ich mir Manches davon auch gewünscht – als Assistenzärztin stehen Sie in großen Kliniken bei der Visite oft in der dritten Reihe und können froh sein, wenn Sie überhaupt etwas sehen.

Und was kann die Politik beitragen, damit es mehr Landärzt*innen gibt?

Wir brauchen mehr Medizinstudienplätze – es gibt heute weniger als vor der Wiedervereinigung, dabei müssen wir mehr und immer ältere Menschen versorgen. Und wir brauchen weniger Bürokratie: Wir verbringen zu viel Zeit



mit Dokumentieren, ohne dass die Qualität der Patientenbehandlung davon profitiert. Schließlich brauchen wir im ländlichen Bereich auch weiterhin kleine Kliniken – um kurze Anfahrtswege für Notfälle zu haben, aber eben auch für die Ausbildung der Landärzte, denn die funktioniert nur hier vor Ort. Die neue Landarztquote finde ich übrigens gut; sie ermöglicht jungen Leuten auch ohne Top-Abitur ein Medizinstudium, wenn sie sich langfristig für die ärztliche Tätigkeit auf dem Land verpflichten. Ich würde die Quote sogar ausweiten auf alle medizinischen Basisversorgungsfächer: auf die Kinderheilkunde, Innere Medizin, Chirurgie, Anästhesie und die Gynäkologie.

Dass sich junge Menschen im Rahmen der Quote so früh auf einen Wohnort festlegen müssen, finde ich allerdings schwierig. Ich würde gerne das Leben auf dem Land als solches attraktiver machen, zum Beispiel mit flächendeckend schnellem Internet und einem öffentlichen Nahverkehr, auf den Verlass ist – und mit dem man auch Krankenhäuser und Praxen besser erreicht. Sehr wichtig ist mir auch, die interdisziplinäre Zusammenarbeit zu stärken: Ich finde, wir müssen die strikte Trennung zwischen niedergelassenen Ärzt*innen und Krankenhäusern aufheben. Wie eng arbeiten Sie denn als Kreiskrankenhaus mit den Praxen zusammen?

Unser Ausbildungskonzept ist genau deshalb so gelungen, weil wir es gemeinsam auf die Beine gestellt haben: Klinik und Niedergelassene, Haus- und Fachärzte. Das ist der Schlüssel für die Versorgung auf dem Land: Wir müssen viel enger sektorübergreifend zusammenarbeiten. Eine integrierte Versorgungsstation an einem kleinen Krankenhaus, in der ich auch eine ambulante Grundversorgung anbieten kann: Das ist eine gute Lösung.

Danke für dieses klare Plädoyer! Gibt es sonst noch etwas, das Sie uns mit auf den Weg geben möchten?

Ja! Ein Krankenhaus wird zu über 80% von Frauen betrieben – Pflege-, Reinigungs- und Verwaltungskräfte, Ärztinnen. Die Führungskräfte dagegen sind fast ausschließlich männlich, ich bin seit Jahren die einzige Chefärztin auf weiter Flur – wir brauchen eine Quote in den chefärztlichen Positionen und im ärztlichen Direktorat.

Vielen Dank für das gute Gespräch und Ihre wichtige Arbeit!

Das Gespräch fand am 6. November per Videokonferenz statt.



Beate Walter-Rosenheimer, MdB

Was brauchen junge Menschen in der Krise?

Die Krise trifft Jugendliche hart: keine Clubs, keine Partys, wenig Kontakt zu Gleichaltrigen, lernen und arbeiten unter ungewohnten Bedingungen … Von ihnen wird viel gefordert in diesen Tagen, ihr Alltag hat sich radikal verändert, ihr normales Leben steht still. Corona zeigt ganz klar, wie bitter junge Menschen abgehängt wurden, die nicht auf der Sonnenseite stehen. Was brauchen sie jetzt? Mehr Gehör, mehr Beteiligung, mehr Mitbestimmung, demokratischere Schulen, digitale Ausstattung, digitales Wissen. Es sind die Themen, die nicht in den Nachrichten landen. Aber es sind Zukunftsthemen!

Wir Grüne setzen mit unseren Forderungen Meilensteine für eine gute Jugendpolitik: Chancengleichheit, Ausbildungsgarantie, Kampf gegen Jugendarmut, unbürokratische Unterstützung für Young Carers, frühe Beteiligung, Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre, mehr Studien zu Care Leavers und Stärkung queerer Jugendlicher, gerade im ländlichen Raum. Auf Bundesebene kämpfe ich dafür, dass Jugendliche gehört, ernst genommen und beteiligt werden, gerade jetzt! Aus den Fehlern der vergangenen Monate müssen wir lernen und Prävention für weitere Krisen schaffen.



Stefan Schmidt, MdB

Wie können Steuern zum Klimaschutz beitragen?

Umwelt- und klimaschädliches Verhalten wird in Deutschland hoch subventioniert, vor allem im Verkehr und in der Energiewirtschaft. Das Umweltbundesamt geht von mindestens 57 Mrd. Euro pro Jahr aus. Einige Beispiele: Für Flüge oder die Stromerzeugung aus fossilen Brennstoffen fällt kein Cent Energiesteuer an. Je größer und schwerer ein Dienstwagen ist, desto mehr Steuern lassen sich mit ihm sparen. Und nach wie vor subventioniert der Bund Diesel-Pkw mit rund 1,4 Mrd. Euro pro Jahr, wie meine Anfrage erst kürzlich ergeben hat.

Angesichts der Klimakrise müssen wir diese Subventionen endlich konsequent abbauen! Wir Grüne finden: Preise müssen die ökologische Wahrheit sagen und eine Lenkungswirkung hin zu klimafreundlichem Verhalten entfalten. Die Steuerpolitik ist dabei ein entscheidender Hebel, um finanzielle Anreize für klimafreundliches Verhalten zu schaffen – nicht nur beim Abbau ökologisch schädlicher Subventionen. Der Grundsatz „Je höher der CO_2-Ausstoß, desto höher die Steuer" muss auch bei der Kfz-Steuer oder der Luftverkehrsteuer gelten. Die Steuerpolitik kann zum Klimaschutz beitragen – sofern wir mit Steuern auch steuern.

ES BEGINNT #MITDIR

Klimakrise, Corona, die Situation der Menschen in Moria – manchmal fühlt sich die Lage der Welt hoffnungslos an. Doch auch die Bündnisse werden immer stärker: Fridays for Future, #BlackLivesMatter und #LeaveNoOneBehind – Die Themen sind vielfältig, das Ziel ist eines: Veränderung.

Gemeinsam mit all denen, die sich für eine gerechte, offene und grüne Welt einsetzen, wollen wir uns auf den Weg machen: Vernetzung, Austausch, voneinander lernen, miteinander aktiv sein – egal wo du wohnst, wie alt du bist, ob du Mitglied bei den Grünen bist oder nicht. Veränderung fängt immer irgendwo an. Unsere Kampagne beginnt #mitdir.

Wir tauschen uns gemeinsam in Webinaren mit Expert*innen aus – inhaltlich zu Themen wie Klimaschutz, Feminismus und Geflüchtetenpolitik. Praktisch erarbeiten wir uns Skills für Aktionen auf der Straße, aber auch für Online-Kampagnen.

Wir wollen uns stark machen für das, was uns am Herzen liegt. Bist du dabei? Unter gruene.de/mitdir findest du weitere Infos zur Kampagne.

Grafik: gruene.de | Elias Keilhauer



Foto: Konrad Schmidt

EIN WIR FÜR ALLE

ANTIRASSISTISCH FÜR DIE GESELLSCHAFT DER VIELEN

Unsere Vielfalt macht uns stark – doch noch viel zu oft erleben Menschen in unserer Gesellschaft im Alltag Ausgrenzung und Diskriminierung. Die grüne Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth zeigt auf, was es braucht, damit wir den strukturellen Rassismus endlich überwinden.

I can't breathe. Ich kann nicht atmen. Dieser kurze Satz hat schon heute historisches Gewicht. Es sind die letzten Worte von George Floyd, der am 25. Mai 2020 durch einen weißen Polizisten ermordet wurde. I can't breathe. Der Satz steht symbolisch für das Gefühl vieler schwarzer Menschen und People of Color, tagtäglich in einem System leben zu müssen, in dem Rassismus allgegenwärtig ist und das sie im wahrsten Sinne des Wortes erdrückt.

Das gilt nicht nur für die USA. Auch für viele Menschen in Bayern ist Rassismus schmerzhafte alltägliche Erfahrung, wie ein permanentes Grundrauschen – ob in der Schule, bei Polizeikontrollen, auf dem Arbeitsmarkt oder bei der Wohnungssuche.

Die völkisch-rechte Hetze heizt das rassistische Grundrauschen zusätzlich an. Aber Rassismus ist kein Phänomen der Extreme, kein Gift, das von außen auf uns einwirkt. Rassismus ist auch bei uns strukturell, zieht sich quer durch unser Land, unsere Geschichte und unseren Alltag.

Es ist höchste Zeit für einen fundamentalen Wandel. Dabei kommt es auf jede*n Einzelne*n an, allen voran auf diejenigen unter uns, die eben nicht rassistisch diskriminiert werden. Statt Betroffenen ihre Erfahrungen abzusprechen, müssen wir ihnen aufmerksam zuhören – mit selbstkritischem Blick auf das eigene Verhalten, die eigenen Privilegien.

Damit fangen wir bei uns selbst an: Wir Grünen streiten für eine lebenswerte Gesellschaft für alle Menschen, für Zusammenhalt in Vielfalt. Wir erkennen diskriminierende Machtstrukturen in unserer Gesellschaft an und setzen dem innerhalb unserer Partei aktiv etwas entgegen. Unser Ziel ist, dass sich die reale Vielfalt der Gesellschaft auf allen Ebenen unserer Partei, in Gremien und auf allen Listen abbildet. Analog zum Vielfaltsstatut der Bundespartei werden wir unsere Satzungen auf Landes- und Kreisebene überarbeiten.

Es ist an uns, den Kampf gegen Rassismus strukturell zu verankern: Wir wollen, dass Bayern einen Landesaktionsplan gegen Rassismus, Antisemitismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit erarbeitet, eine Expert*innen-Kommission einsetzt und eine Antidiskriminierungsstelle etabliert. Auch bei der Polizei, in Behörden und in unseren Schulen braucht es eine feste, unabhängige Beschwerdestelle für Menschen, die Rassismuserfahrungen machen.

Um Rassismus nachhaltig zu bekämpfen, ist politische Bildung unerlässlich. Das muss sich in den bayerischen Lehrplänen, bei der Ausbildung von Lehrer*innen und in der Finanzierung von Bildungsprojekten widerspiegeln. Eine pluralistische Demokratie kann außerdem nur gelebt werden, wenn allen Menschen gleichberechtigte Teilhabe und Partizipation ermöglicht wird. Dieses Recht wollen wir gesetzlich verankern.

Die Realität in unserer Gesellschaft ist schon lange plural und bunt. Vielfalt ist, was uns reich macht, aus ihr ziehen wir unsere Stärke. Gestalten wir gemeinsam eine Gesellschaft, in der die Würde aller Menschen im Zentrum steht. Verteidigen wir sie umso vehementer, je lauter sie infrage gestellt wird. Kämpfen wir gemeinsam für das bunte, vielfältige WIR ALLE, das unser Land und unser Bayern ausmacht.

Dr. Birgit Marenbach

WIR BRINGEN MEHR GRÜN IN DIE STADT



Foto: Andreas Gregor

Dr. Birgit Marenbach ist Stadträtin der Grünen Liste Erlangen und hat gemeinsam mit ihrer Fraktion erreicht, dass Freiflächen von Neubauten in Erlangen künftig begrünt und qualitätsvoll gestaltet sein müssen. Statt weiterer Schottergärten heißt es nun: „Lieber artenreich statt steinreich".

Was genau habt ihr durch eure Initiative bewirkt?
Auf unseren Antrag hin hat Erlangen nun eine „Freiflächengestaltungssatzung". Darin steht zum Beispiel, dass Freiflächen von Neubauten begrünt werden müssen und nicht versiegelt werden dürfen. Wer in Erlangen bauen will, muss nun verbindlich auch einen Plan für die Gestaltung der Freiflächen einreichen. Planer*innen werden dadurch die Grünflächen von Anfang an mitdenken – vor allem bei großen Bauvorhaben können wir so für deutlich mehr Grün in der Stadt sorgen und eine höhere Qualität der Freiflächen erzielen.
Warum sind grüne Gärten so wichtig?
Sie bieten Raum für die Artenvielfalt, von den Mikroorganismen im Boden bis zu Insekten, Vögeln und Säugetieren. Oft sind sie sogar pflegeleichter als Schottergärten, denn um die Steine frei von Algen und Moos zu halten, werden Chemikalien eingesetzt – das kostet Geld und schadet der Natur zusätzlich. Grüne Gärten sorgen auch für ein kühleres Mikroklima. Steingärten heizen sich auf, so dass es im Sommer dort nachts 3 bis 5 Grad wärmer sein kann. Hier braucht es noch mehr Aufklärungsarbeit.
Wie kam die Entscheidung an?
Wir bekommen viele positive Rückmeldungen und Anrufe aus anderen Gemeinden, die sich Tipps holen wollen – zu Beginn gab es aber auch Gegenwind, zum Beispiel vom Haus- und Grundbesitzerverein. Die Debatte, die dadurch ausgelöst wurde, ist aber unglaublich wichtig. So konnten wir noch mehr Bewusstsein dafür schaffen, wie wichtig grüne Gärten sind: für Artenvielfalt, Klimaschutz und ein schönes Stadtbild.

Arno Görgen, Tina Schwenk, Stefan Nussbaumer und Alpay Artun

WIR MACHEN EINEN PODCAST



Grüne Politik vor Ort nicht nur umsetzen, sondern auch darüber reden: Die GRÜNEN in Neu-Ulm gehen dafür neue Wege. Arno Görgen, Tina Schwenk, Stefan Nussbaumer und Alpay Artun bilden das motivierte Team, das im Juli den Podcast „NU aber!" gestartet hat. Über zehn Folgen sind schon online.

Wie kam es zu der Idee?
Der erste Anstoß kam nach der Kommunalwahl von Tina. Es ist uns wichtig, die Menschen auch jenseits von Wahlkämpfen für grüne Ideen zu begeistern und über unsere politische Arbeit zu informieren. Einen Podcast fanden wir ein tolles Format dafür.
Worum geht's in eurem Podcast?
Wir bringen die Politik vor Ort mit den großen Themen in Verbindung, die wir spannend finden, von der Gemeinwohl-Ökonomie bis zur Rassismus-Debatte. Und wir wollen die engagierten Menschen in unserem Landkreis bekannt machen: Wir haben zum Beispiel einen Polizisten und einen Biobauern in unseren Reihen, die richtig gute Geschichten zu erzählen haben – so wird grüne Politik greifbar.
Ist es schwierig, einen Podcast zu machen?
Etwas zeitaufwändig ist es schon, aber es macht Spaß! Sobald wir ein Thema festgelegt haben, recherchieren wir dazu, überlegen uns im Team passende Gäste und gute Fragen. Es ist wichtig, vorbereitet in ein Gespräch zu gehen und nicht einfach drauflos zu reden. Auch die technische Qualität muss stimmen, damit die Leute gerne zuhören. Dafür haben wir zum Glück viel Know-how im Team. Insgesamt sollte man einfach hören, dass Arbeit und Liebe reingesteckt wurde.
Was bekommt ihr für Rückmeldungen?
Bisher nur gute! Wir wissen sogar von Leuten, die unseren Podcast regelmäßig hören, obwohl sie noch nie in Neu-Ulm waren.
Wo kann man euren Podcast anhören?
Auf gruene-neu-ulm.de/podcast und allen gängigen Plattformen erscheint alle zwei Wochen eine neue Folge. Viel Spaß!



EIN BAND ZWISCHEN ALT UND JUNG

GEMEINSAM GEGEN CORONA UND KLIMAKRISE

Ludwig Hartmann
Fraktionsvorsitzender

Die Corona-Pandemie hält die Welt in Atem. Die Entwicklung der Infektionszahlen, die Alltagsmaßnahmen zur Pandemie-Bekämpfung und der Protest gegen diese und die massiven Einschränkungen im November: Diese Themen dominieren die Medien, nur kurzzeitig überdeckt vom erfreulichen Ergebnis der US-Wahl mit der Abwahl des Egozentrikers Donald Trump, der Wahl des erfahrenen Staatsmanns Joe Biden und seiner künftigen Vizepräsidentin Kamala Harris, die als erste Frau in diesem Amt ein neues Zeitalter im Weißen Haus einläutet.

Ein neues Zeitalter – das brauchen wir nicht nur gleichstellungspolitisch, wo wir Grüne seit Jahrzehnten an der Spitze für die Rechte, die paritätische Beteiligung und die gerechte Bezahlung von Frauen kämpfen. Wir brauchen ein neues Zeitalter auch gesellschaftspolitisch, wenn es darum geht, die beiden größten Herausforderungen unserer Zeit – die Corona-Pandemie und die Erdüberhitzung – erfolgreich zu meistern.

Im Prinzip geht es hier um zwei korrespondierende Generationenverträge, die – freilich informell – zwischen den älteren und den jüngeren Mitgliedern unserer Gesellschaft geschlossen werden müssen. Generationenverträge, die beiden Seiten in dieser herausfordernden Zeit wortwörtlich ein Überleben und eine gute Zukunft sichern.

Denn in der Pandemie sind es vor allem unsere Seniorinnen und Senioren, die von dem Virus in besonderer Weise bedroht sind und oft auch hart getroffen werden. Die Todesfälle mit und durch Corona häufen sich bei den über Siebzigjährigen, extreme und lebensgefährliche Krankheitsverläufe sind bei jungen und gesundheitlich robusten Menschen äußerst selten. Das heißt auch: Die Jungen sind gefordert, Solidarität mit den Älteren zu üben und sich im Pandemiealltag zurückzunehmen, damit durch einen allgemeinen exponentiellen Anstieg der Infektionszahlen nicht die Älteren und teilweise Vorerkrankten gefährdet werden.

Umgekehrt verhält es sich beim Klimaschutz, beim Kampf gegen die Erdüberhitzung. Die Folgen der inzwischen rasanten und überall auf der Welt zu beobachtenden Erdüberhitzung betreffen vor allem die Jüngeren, die noch viele Jahrzehnte auf diesem Planeten leben werden. Die Älteren hingegen können darauf vertrauen, dass sie – persönlich – von den Auswirkungen der Erdüberhitzung weitgehend verschont bleiben. Auch hier gilt: Die Älteren sind gefordert, Solidarität mit den Jüngeren zu üben und dem Klimaschutz mehr politisches und gesellschaftliches Gewicht zu verleihen, damit die Pariser Klimaziele erreicht und die Lebensgrundlagen für unsere Kinder und Enkelkinder geschützt werden.

Gegenseitig Rücksicht nehmen, gemeinsam die großen Herausforderungen unserer Zeit angehen, solidarisch zusammenstehen und niemand zurücklassen: Diese Grundprinzipien sozialer, mitmenschlicher Politik, können uns helfen, den Kampf gegen die Klimakrise kraftvoll aufzunehmen und die Corona-Pandemie erfolgreich zu überwinden. Das treibt uns an.

Alle Anträge, Anfragen, Gesetzentwürfe und Konzeptpapiere sind auf unserer Homepage zu finden, ebenso das Anmeldeformular für unseren Newsletter: www.gruene-fraktion-bayern.de

ZUSAMMENHALT FÜR DIE SCHWÄCHSTEN UNSERER GESELLSCHAFT

MIT DEM VIRUS LEBEN

Kerstin Celina, Christina Haubrich, Andreas Krahl

Die Pandemie ist längst eine gesellschaftliche Zerreißprobe. Umso wichtiger ist eine vorausschauende und transparente Corona-Strategie, die Perspektiven aufzeigt und uns gut durch den Winter führt. Wir wollen Corona-Leugnern und Maskenverweigerern keinen Nährboden geben, sondern konstruktiv im Kampf gegen Corona mitwirken.

Dafür haben wir bereits im September eine Corona-Teststrategie vorgelegt. Wir setzen darin beispielsweise auf Antigenschnelltests und wollen diese flächendeckend und regelmäßig in unseren Schulen und Kitas sowie in der Pflege und für Menschen mit Behinderung – für Kinder, Patient*innen, Bewohner*innen, ihre Angehörigen sowie das Personal vor Ort. Der Einsatz von Antigenschnelltests kann uns helfen, dass das Virus nicht in diese Einrichtungen gelangt und das soziale und wirtschaftliche Leben besser aufrechterhalten bleibt.

Besonders unsere Senior*innen und Menschen mit Behinderung sind in der Corona-Pandemie belastet. In vielen Wohneinrichtungen in Bayern sind beispielsweise die Lockerungen der Besuchsverbote kaum bei den Bewohner*innen angekommen. Für uns ist klar: Neben dem bestmöglichen Schutz vor einer Corona-Infektion muss die Staatsregierung auch die psychosoziale Gesundheit besser im Blick haben. In Wohneinrichtungen für Menschen mit Behinderung bedeutet das vor allem eines: Es braucht für diese Einrichtungen eigene Schutzkonzepte, sie dürfen nicht länger mit Pflegeeinrichtungen gleichgesetzt werden. Denn zum einen gehören nicht alle Menschen mit Behinderung automatisch zur Risikogruppe und zum anderen sind beispielsweise bei Menschen mit kognitiven oder



Sinnesbeeinträchtigungen die Abstandsregelungen schlicht nicht umsetzbar. Der Grundsatz der UN-Behindertenrechtskonvention „Nichts über uns ohne uns!“ ist auch in der Pandemie zu wahren, ansonsten drohen uns erhebliche Rückschritte bei der Teilhabe von Menschen mit Behinderung. Gesetzliche Mitbestimmungsorgane wie Bewohner*innenräte sowie die Selbsthilfe und der Beauftragte für Menschen mit Behinderung sind in die Konzeptentwicklung einzubeziehen.

All unsere Forderungen liegen bei der Söder-Regierung seit Juli auf dem Tisch – die Chance, über den Sommer gemeinsam für eine zweite Welle vorzusorgen, wurde verpasst. Nun ist schnelles Handeln gefragt. Wir Grüne fordern das Gesundheitsministerium außerdem auf, endlich die Haftungsfrage bei einem Infektionsausbruch in einer Einrichtung zu klären. Einrichtungsleitungen, die sich an Hygienevorschriften halten und ihr Bestes tun, um Schutzkonzepte für ihr Haus konsequent umzusetzen, dürfen im Falle einer Infektion nicht mit dem entstandenen Schaden allein gelassen werden. Pflegebedürftige, Pflegende und Angehörige müssen endlich zum festen Bestandteil der nationalen Teststrategie werden. Virusschutz und Lebensqualität dürfen sich nicht länger ausschließen.

Wir nehmen auch die Fachstelle für Pflege- und Behinderteneinrichtungen – Qualitätsentwicklung und Aufsicht (FQA) in die Pflicht. Wir möchten, dass Beschwerdemöglichkeiten für Angehörige und Bewohnerinnen und Bewohner bei der FQA bekannt gemacht und niedrigschwellig zugänglich sind.

Auch die Gesundheitsämter sind ein wichtiger Bestandteil im Kampf gegen Corona. Diese wurden in den letzten Jahren jedoch leider kaputtgespart. Das holt uns nun in der Coronakrise ein. Wir Grüne möchten dem Öffentlichen Gesundheitsdienst einen personellen und finanziellen Schub geben – jetzt in der Krise und darüber hinaus.

Florian Siekmann

CORONA ÜBER GRENZEN HINWEG EINDÄMMEN



Corona ist eine Aufgabe für Europa und die Welt, die es gilt, gemeinsam zu bewältigen. Wie essenziell Solidarität ist, hat uns die erste Welle vor Augen geführt. Unkoordinierte Grenzschließungen führten zu Chaos und Unsicherheit. Trotzdem hat die Söder-Regierung die vergangenen Sommermonate zu wenig genutzt, um mit unseren Nachbarstaaten gemeinsam an grenzüberschreitenden Lösungen zu arbeiten.

Angesichts der zweiten Welle gilt es jetzt, aus den Fehlern im Frühjahr zu lernen. Wir Grünen sind Europäer*innen von Herzen. Der Freistaat trägt mit seiner zentralen Lage in Europa die Verantwortung, eine Vorbildfunktion für europäische Kooperation einzunehmen. In einem 10-Punkte-Plan haben wir zusammengefasst, wie die Eindämmung der Pandemie auch über Grenzen hinweg gelingen kann.

Dringender denn je braucht es eine Task-Force für jede Grenzregion, an der alle relevanten Entscheidungsebenen von der Bundesregierung bis zum Landkreis beteiligt sind. Nur so können Maßnahmen mit den Nachbarländern koordiniert und die Kommunikation verbessert werden. Risikogebiete müssen innerhalb der EU nach einheitlichen Kriterien eingestuft werden, das stärkt gegenseitiges Verständnis und sorgt für eine bessere Nachvollziehbarkeit der Quarantäneregelungen.

Einige unserer Forderungen wurden inzwischen umgesetzt. So wird der Lebensrealität in den Grenzregionen mit der Möglichkeit einer quarantänefreien Einreise für Kurzaufenthalte von höchstens 24 Stunden Rechnung getragen, die Möglichkeit einer quarantänefreien Ausreise und Wiedereinreise ebenfalls für 24 Stunden bleibt bestehen. Darüber hinaus wurden die Besuchsmöglichkeiten für Familienmitglieder ausgeweitet.

Neben transparenten und nachvollziehbaren Regelungen bedarf es auch einer starken Solidarität. Die Söder-Regierung kann noch immer nicht mitteilen, wie viele Intensivbetten besonders von der zweiten Welle betroffene Staaten und Regionen im Ernstfall zur Verfügung gestellt werden könnten. Dabei müssen genau solche lebenswichtigen Ressourcen innerhalb der EU bedarfsorientiert da sein. Wenn die EU insgesamt gestärkt aus der Krise hervorgehen soll, braucht es eine intensivere Zusammenarbeit auf allen Ebenen.

Toni Schuberl

RESOZIALISIERUNG BRINGT SICHERHEIT



Mit dem ersten grünen Justizkongress konnten wir Wissenschaft, Praxis und Betroffene vernetzen. Der Autor und frühere Gefängnisdirektor Dr. Thomas Galli machte deutlich, warum trotz engagierter Menschen der Justizvollzug in zu vielen Fällen sein Ziel verfehlt. Das gemeinsame Einsperren mehrerer Täter*innen und das faktische Entmündigen in diesen Anstalten schaffen oft neue Probleme. Stattdessen wäre es wichtig, die Betroffenen aus kriminellen Strukturen zu lösen und ihnen zu helfen, selbstständig ohne Straftaten leben zu können.

In den Einrichtungen von Seehaus e.V. in Baden-Württemberg und Sachsen wird ein alternativer Strafvollzug in freien Formen durchgeführt. Die jungen Männer leben in familiären Strukturen mit festen Bezugspersonen und gehen sinnstiftenden Tätigkeiten nach. Sie werden so deutlich öfter in die Lage versetzt, ihr Leben selbstbestimmt und straffrei zu gestalten. Mauern gibt es keine.

Für uns selbstverständlich, kamen (ehemalige) Inhaftierte ebenfalls zu Wort, Manuel Matzke von der Gefangenengewerkschaft, Pedro Holzhey und Kalle aus Berlin, im Gespräch mit der Journalistin und Soziologin Tine Kugler. Mit dem stellvertretenden Landesvorsitzenden der Opferhilfsorganisation Weißer Ring, Manfred Hofmann, waren sie sich in erstaunlich vielen Punkten einig. Täter*innen wie Opfer wollen meist die Tat bewältigen. Dabei hilft ein Täter-Opfer-Ausgleich. Das System Gefängnis verhindert dies aber immer wieder. Eine stärkere Orientierung an den Bedürfnissen der Opfer würde zu deutlichen Veränderungen des Strafvollzugs führen. Dies bestätigte Marianne Kunisch, Vorsitzende der „Nothilfe Birgitta Wolf", aus ihrer langjährigen Erfahrung als Strafverteidigerin.

Eine grundlegende Diskussion über die Vermeidung von Haftstrafen und Alternativen zu Gefängnissen ist notwendig, aber komplex. Kurzfristig wollen wir die „Restorative Justice", wie beispielsweise den Täter-Opfer-Ausgleich stärken, das Übergangs- und Entlassmanagement ausbauen, mehr Stellen für Bewährungshelfer*innen und Sozialarbeiter*innen schaffen. Wir wollen den offenen Vollzug zur Regel machen und den Vollzug in freien Formen auch in Bayern gesetzlich verankern.

VON DER KITA ÜBER DIE SCHULE BIS ZU DEN HOCHSCHULEN

KEIN LOCKDOWN FÜR DIE BILDUNG

Johannes Becher, Verena Osgyan, Gabriele Triebel



Kindern und Jugendlichen gutes Lernen, auch in Corona-Zeiten, zu ermöglichen, hat für uns politische Priorität. Wir setzen uns dafür ein, dass es nicht wieder zu einem Lockdown der Bildung kommt. Der Präsenzunterricht muss so lange wie möglich aufrechterhalten werden. Wenn dies das Infektionsschutzgeschehen an einzelnen Orten nicht mehr zulässt, etwa Klassen in Quarantäne oder den sogenannten Wechselunterricht gehen, muss das Lernen nahtlos im Distanzunterricht planvoll und mithilfe der digitalen Medien weiterlaufen. Zudem braucht es eine Notbetreuung.

Das Schuljahr 2020/21 ist kein normales Schuljahr, sondern ein Schuljahr unter Pandemiebedingungen. Wir erwarten vom FW-Bildungsminister keine „Alles-wird-gut-Botschaften", sondern schnelles, vorausschauendes Handeln. Die Schule kann nicht einfach weiterlaufen wie bisher: gleicher Stoff, gleich viele Prüfungen, gleiche Pädagogik. Der Unterricht muss deshalb angepasst werden, etwa mit Rahmenrichtlinien für Notenerhebung, Unterrichtsorganisation und Lehrplankürzungen und eine Reduzierung der Leistungsnachweise.

Bildung beginnt für die meisten Kinder lange vor der Einschulung: in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflegestellen. Die Angebote sind essenzieller Baustein für Bildungsgerechtigkeit, die Erweiterung des kindlichen Horizonts und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die coronabedingte Schließung der Einrichtungen im Frühjahr war übereilt, die Notbetreuung bot oftmals keine passenden Lösungen, Kinder mit Behinderungen und armutsbedrohte Familien wurden systematisch benachteiligt. Von Anfang an forderten wir deshalb die flächendeckende Wiederaufnahme der Kindertagesbetreuung. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, dass Schutzausrüstung für frühpädagogische Fachkräfte und ausreichende Testkapazitäten kostenfrei zur Verfügung gestellt werden.

Es ist unabdingbar, dass es jetzt besser läuft. In der Zwischenzeit gibt es belastbare wissenschaftliche Erkenntnisse: Kinder unter zehn Jahren gehören nicht zu den Infektionstreiber*innen. Wir fordern deshalb auch bei hohem Infektionsgeschehen: keine flächendeckende Schließung der Kindertagesbetreuung, maßgeschneiderte, kindgerechte, verhältnismäßige und familienfreundliche Lösungen bei gleichzeitigen Schutzmaßnahmen für die frühpädagogischen Fachkräfte.

Auch der Hochschulbetrieb musste in Corona-Zeiten große Herausforderungen bewältigen: Die Umstellung auf digitale Lehre hat nur durch große Anstrengung der Lehrenden geklappt, viele Studierende haben nicht vollumfänglich ihre Leistungen erbringen können. Eine individuelle Regelstudienzeiterhöhung für das vergangene Sommersemester hat die Söder-Regierung erst nach mehrfachem Nachhaken auf den Weg gebracht. Wir fordern, den Nachteilsausgleich nun für das laufende Semester frühzeitig zu regeln und die Digitalisierung der Hochschulen planvoll anzugehen. Zudem braucht es eine Stärkung der Wissenschaftskommunikation und eine Transparenzverpflichtung für wissenschaftliche Beratungsgremien der Staatsregierung.

Leider beschäftigt sich die Söder-Regierung stattdessen mit einer Hochschulreform, die keinen Stein auf dem anderen lässt. Wir werden der „unternehmerischen Hochschule" und der „Entfesselung" der Hochschulen ein eigenes, grünes Hochschulinnovationsgesetz gegenüberstellen. Es wird die gesellschaftliche und ökologische Verantwortung der Hochschulen betonen, gute Arbeitsbedingungen, Gleichstellung und Demokratie an den Hochschulen sicherstellen und deren Innovationskraft stärken.

Martin Stümpfig

KONKRETE KLIMAZIELE STATT EMPFEHLUNGEN



Foto: Wolf Kehrstephan

Zwanzig Monate hat die Söder-Regierung gebraucht, bis im November 2020 endlich das Bayerische Klimagesetz verabschiedet wurde. Und wir müssen feststellen: Es ist das schwächste aller deutschen Landesgesetze zum Klimaschutz. Es strotzt von Soll- und Kann-Bestimmungen und Empfehlungen. Die Söder-Regierung hat einfach nicht verstanden, dass die Klimakrise eine Krise ist. Es muss jetzt klar und verbindlich gehandelt werden.

Unser Orientierungspunkt ist das 1,5°-Ziel von Paris. Um dieses Ziel zu erreichen, darf die Weltgemeinschaft nur noch eine bestimmte Menge an Treibhausgasen ausstoßen. Dieses Budget an noch erlaubten Emissionen muss gerecht verteilt werden. Die Zielsetzung des CSU/FW-Klimagesetzes ist viel zu schwach – Bayern ist zu schnell an die Budgetgrenze.

Wir wollen konkrete Klimaziele auch für die einzelnen Bereiche: Strom, Wärme, Verkehr, Industrie etc. Wir brauchen eine gute Beobachtung, ein Monitoring, ob wir bei den Treibhausgasemissionen tatsächlich runterkommen, damit wir mit den Maßnahmen nachsteuern können. Wir brauchen einen kompetenten Klimarat, auf den die Staatsregierung hört. Und wir müssen die Kommunen unterstützen, sie machen Klimaschutz vor Ort.

Besonders frustrierend ist die ignorante Haltung von CSU und FW gegenüber jeglichen Verbesserungsvorschlägen. Es ist weniger überraschend, dass sie unseren elf grünen Änderungsanträgen nicht zugestimmt haben. Aber dass die beiden Parteien auch die Ratschläge der von Ihnen selbst benannten Sachverständigen zur Klimaanhörung in den Wind schlagen, ist schon bitter. Selbst Frau Prof. Pittel vom Ifo-Institut – von der Söder-Regierung in den Bayerischen Klimarat berufen – fand kein Gehör; genauso wenig wie das Umweltbundesamt oder die zwei Juristen, die sich seit Jahren intensiv mit Landesklimaschutzgesetzen befassen.

Bessere Gesetzentwürfe gibt es zuhauf. In anderen Bundesländern, aber auch im Landtag, und nicht nur von uns. Es ist diese Ignoranz, oder besser gesagt dieser Unwille von CSU und FW, echten Klimaschutz zu betreiben und auch eine persönliche Enttäuschung über den FW-Umweltminister Glauber. Dieses Gesetz darf in dieser Form nicht lange Bestand haben.

Gisela Sengl

LEBENDIGE VIELFALT STATT WETTBEWERBSKORSETT



Steuergelder sollen steuern und im Fall der gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) muss es mehr in Richtung Umwelt-, Arten- und Klimaschutz und guten Lebensstandard für Bäuer*innen gehen. So wünscht es sich die Mehrheit der Europäer*innen, so sehen es Expert*innen aus der Wissenschaft und so erfordern es die Klimakrise und der schlechte Zustand der Natur.

Eigentlich müsste mit der neuen GAP-Förderperiode ab 2021 eine grünere und fairere EU-Agrarpolitik beginnen. Doch die EU-Agrarminister*innen haben beschlossen, den längst fälligen Umbau der Agrarpolitik zu blockieren. Die Mehrheit im EU-Parlament hat dem wenig entgegengesetzt und in den Verhandlungen zwischen Parlament, Kommission und Rat zeichnet sich ein agrarpolitischer Stillstand ab: Dringend nötige Veränderungen werden hinausgezögert und der Großteil der 387 Milliarden Euro, die bis 2027 in die Landwirtschaft fließen, wird auch die nächsten sieben Jahre als Flächenprämie gezahlt – wer viel hat, bekommt viel – und ist damit verloren für landwirtschaftliche Leistungen für Umwelt-, Klima- oder Tierschutz.

In Bayern applaudieren CSU und Bauernverband dieser Förderpolitik, die dem Green Deal widerspricht und Ziele aushebelt, wie deutlich weniger Pestizide, Antibiotika oder Dünger zu verwenden und mehr Flächen der Natur zu überlassen. Sie klatschen für ein System, das Agrarkonzerne, Bodenbesitztum und Lebensmittelindustrie bedient, aber die sozialen und ökonomischen Ziele für die Landwirtschaft verfehlt. Obwohl die Flächenprämien damit begründet werden, dass sie die Existenz der kleineren Höfe sichern, zeichnet die Realität ein anderes Bild: In den letzten 15 Jahren haben 30.000 Bauernhöfe in Bayern aufgehört zu existieren. Gerade kleinere und mittlere Betriebe brechen weg, nur die mit über 100 Hektar nehmen zu.

Bayern ist keine Insel, EU-Agrarpolitik wirkt bis in den letzten EU-Winkel. Wir Grüne wollen die Fördergelder erhalten, aber anders einsetzen. Es gibt genug gute Vorschläge, wie die notwendigen sozial-ökologischen Leistungen der Landwirtschaft honoriert werden können. Uns geht es darum, Landwirt*innen dabei zu unterstützen, in Richtung zukunftsfähiger, sozialer und ökologischer Landwirtschaft umzustellen.

AUFBRUCH IN EIN NEUES MORGEN

Was die Bundestagswahl 2021 für die GRÜNE JUGEND Bayern bedeutet

Lena Krebs und Maximilian Retzer, GRÜNE JUGEND Bayern

Das Jahr 2020 hält uns alle fest im Griff: Nicht nur die weltweite Corona-Pandemie macht uns zu schaffen, auch die direkten Folgen der Klimakrise, Antisemitismus und rechtsextremistische Gewalttaten nehmen stetig zu. Doch es gibt auch Positives: Durch Bewegungen wie Fridays for Future, Ende Gelände oder Black Lives Matter gehen immer mehr junge Menschen für ihre Ansichten und Rechte auf die Straßen, politisieren sich und merken, dass ihre Stimme gehört wird – wenn auch leider noch nicht von allen. Die GRÜNE JUGEND Bayern konnte sich in den letzten Monaten eines rasanten Mitgliederzuwachses erfreuen, der auch auf diese Bewegungen zurückzuführen ist. Neben der Bildungsarbeit für unsere fast 3000 Mitglieder wollen wir unsere politischen Ziele aber nicht nur auf die Straßen und in die grüne Partei tragen, sondern auch selbst Verantwortung übernehmen. Eine ökologische, feministische, antifaschistische und solidarische Gesellschaft schafft sich nicht von selbst. Es liegt an uns allen, für eine bessere Welt für alle Menschen zu streiten.

Um diesem Anspruch von mehr Verantwortung gerecht zu werden, haben wir vier Voten für die Bundestagswahl 2021 vergeben. Unsere Mitglieder wählten unsere Landessprecherin Saskia Weishaupt und Marlene Schönberger, Kreis- und Gemeinderätin im Landkreis Landshut, zu unseren Spitzenkandidatinnen. Zwei weitere Voten wurden an Sebastian Hansen und Ami Lanzinger vergeben. Diese vier kompetenten jungen Menschen werden aussichtsreich auf der Landesliste der bayerischen Grünen kandidieren und haben dabei den vollsten Rückhalt unserer 3000 Mitglieder. Bei der Landtagswahl 2018 hat dieser Rückhalt schon einmal zu einem grandiosen Ergebnis geführt: Damals konnten mit Eva Lettenbauer, Florian Siekmann und Tim Pargent gleich drei unserer Mitglieder in den bayerischen Landtag einziehen und zeigen, dass Jugend und Erfahrung keine Gegensätze, sondern komplementäre Eigenschaften sind, die junge Menschen zu großartigen Politiker*innen machen.



AKTIV GEGEN RASSISMUS

Bayerisch-grüne Erfolge in Europa

Pierrette Herzberger-Fofana
Mitglied des Europäischen Parlaments

Was war 2020 nur für ein turbulentes Jahr – und das nicht nur durch die allgegenwärtige Pandemie. Meine Arbeit als Abgeordnete im Europäischen Parlament, vor allem als Co-Vorsitzende der Anti-Rassismus-und-Diversitäts-Intergruppe (ARDI), wurde sehr stark durch die Geschehnisse infolge der Black-Lives-Matter-Bewegung geprägt.

Der Tod George Floyds brachte schließlich das Fass zum Überlaufen und damit eine Bewegung an die Oberfläche der medialen und gesellschaftlichen Aufmerksamkeit, die bereits 2013 von drei schwarzen Aktivistinnen ins Leben gerufen wurde. Die mutige und unermüdliche Arbeit der drei Gründerinnen von #BlackLivesMatter hat mich sogar so sehr inspiriert, dass ich mich dazu entschlossen habe, sie für den Sacharow-Preis zu nominieren, den Menschenrechtspreis des Europäischen Parlaments.

Außerdem bewegte mich der Tod George Floyds dazu, einen Brief an die Europäische Kommission zu verfassen und einen aktiven Einsatz gegen Rassismus einzufordern. Konkret schlug ich zwei wesentliche Maßnahmen vor: erstens die Einführung eines*einer Anti-Rassismus-Koordinator*in, und zweitens die Einberufung eines Anti-Rassismus-Gipfels mit der Kommissionspräsidentin und Vertreter*innen der Zivilgesellschaft. Tatsächlich hat Präsidentin Ursula von der Leyen beiden Forderungen stattgegeben. Der*die Anti-Rassismus-Koordinator*in wird sogar voraussichtlich noch dieses Jahr benannt.

Darüber hinaus habe ich im vergangenen Jahr zahlreiche Webinare abhalten können, in denen ich über (Alltags-) Rassismus, Diversität und vor allem Intersektionalität sprechen durfte. An einem Online-Termin nahm ich als Gast der grünen Bundestagsabgeordneten Beate Walter-Rosenheimer teil. Das Thema Intersektionalität ist besonders für mich als schwarze Frau von großer Bedeutung und stellt einen Fokus meiner Arbeit im Europäischen Parlament dar. Mein Ziel ist es, noch viel mehr Menschen auf dieses Thema aufmerksam zu machen und dementsprechend feministische Perspektiven nicht zuletzt durch einen rassismuskritischen Blick zu erweitern.



Online-Petition

Menschlichkeit jetzt!

Schutz für Geflüchtete aus den griechischen Lagern: Das fordern wir bayerische Grüne gemeinsam mit dem breiten zivilgesellschaftlichen Bündnis #BayernNimmtAuf und haben deshalb eine Online-Petition gestartet. Unser Ziel: Die bayerische Staatsregierung soll endlich ein Landesaufnahmeprogramm einrichten, denn die Lebensbedingungen im neuen Lager Moria auf Lesbos und in den anderen Hotspot-Lagern sind weiterhin menschenunwürdig. Mehrere Zehntausend Geflüchtete leben seit Jahren zusammengepfercht in einfachen Zelten, fast ohne medizinische Versorgung. Unter ihnen sind auch viele besonders schutzbedürftige Personen wie unbegleitete Kinder, alleinreisende Frauen und Menschen mit Behinderung. „Bayern kann und muss helfen", sagt unsere Parteivorsitzende Eva Lettenbauer. Das siehst du auch so? Dann unterzeichne die Petition jetzt und erzähl deinen Freund*innen davon. Danke für deine Unterstützung!

openpetition.de/!menschlichkeitjetzt

Unterfranken

Donnerstage sind grün

Wie gelingt es, das politische Leben auch in Zeiten des Lockdowns weiterzuführen? Die GRÜNEN im Bezirk Unterfranken haben sich dafür die Webtalk-Reihe „Grüner Donnerstag" ausgedacht. Im Herbst fanden insgesamt sechs gut besuchte Zoom-Abende statt; auch die örtlichen grünen Abgeordneten aus Bund und Land waren dabei. Natürlich ging es um den bestmöglichen Umgang mit der Corona-Krise, aber auch um andere wichtige Themen: Wie gelingt es, die Bahnverbindungen in Unterfranken auszubauen? Wie können lokale Metzgereien erhalten werden? Was brauchen Kommunen, um bei Obdachlosigkeit besser Hilfe leisten zu können? Auch das grüne Frauenstatut und ein wirksames Klimaschutzgesetz für Bayern standen auf der Agenda. Zielgruppe waren je nach Thema Mitglieder, interessierte Bürger*innen, Mandatsträger*innen oder die Kreis- und Ortsvorstände. Der Ideenaustausch und konstruktive Debatten tun eben allen gut, ob im echten Leben oder „nur" online.

www.gruene-unterfranken.de

TERMINE

Landesdelegiertenkonferenz 2021 und weitere Termine: Immer aktuell unter gruene-bayern.de/termine

Im Bundestagswahljahr 2021 stehen auch für uns in Bayern viele große Termine an: Allen voran die geplante Landesdelegiertenkonferenz, bei der wir die bayerische Liste zur Bundestagswahl aufstellen und eine*n neue*n Landesvorsitzende*n wählen. Aber du weißt ja: Corona macht immer wieder Umplanungen nötig. Die aktuellsten Infos findest du immer unter gruene-bayern.de/termine. Schau am besten regelmäßig dort vorbei!

Impressum

Herausgeber*innen
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Landesverband Bayern
Sendlinger Str. 47
80331 München
Tel. 089/211 597-0
landesverband@bayern.gruene.de
www.gruene-bayern.de

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Bayerischen Landtag
Maximilianeum
81627 München
Tel. 089/4126-2493
info@gruene-fraktion-bayern.de
www.gruene-fraktion-bayern.de

Redaktion (Landesverband)
Angela Kirschbaum (verantwortl.), Eva Lettenbauer, Eike Hallitzky

Redaktion (Landtagsfraktion)
Lena Motzer (verantwortl.), Katharina Schulze, Ludwig Hartmann

Gestaltung
Andreas Gregor, info@andreasgregor.com

Titelbild
Juanmonino / iStock / Getty Images Plus

Druck
Dierichs Druck+Media, Kassel
Auflage: 16.450
Gedruckt auf LEIPA ultraMAG PLUS silk, FSC-zertifiziert

Datenschutz
Du hast das Recht, jederzeit gegen die Verarbeitung der dich betreffenden personenbezogenen Daten, die aufgrund von Art. 6 Abs. 1 DSGVO erfolgt, Widerspruch einzulegen. Bitte kontaktiere uns dazu per E-Mail unter landesverband@bayern.gruene.de. Unsere ausführliche Datenschutzerklärung findest du unter gruene-bayern.de/datenschutz.

Bildung

Christ*innen im Dialog

Demokratie und Recht

Digitales und Medien

Energie

Europa, Frieden, Internationales

DU UND DEIN THEMA BRINGT EUCH EIN!

In den Landesarbeitsgemeinschaften der bayerischen GRÜNEN

Frauen- und Gleichstellungs-politik



„Die inzwischen 21 Landesarbeitsgemeinschaften der bayerischen GRÜNEN arbeiten in vielen politischen Themenfeldern, von der Bildungs- bis zur Queerpolitik. Die LAGen sind offen für alle, die über Politik auf Landesebene diskutieren wollen – und sie arbeiten in den entsprechenden Bundesarbeitsgemeinschaften aktiv mit. Auch du bist herzlich eingeladen, dich einzubringen!“

Ulrich Gensch, Sprecher der LAG Demokratie und Recht

Gesundheit und Soziales

Gewerkschafts-Grün



„Bei unseren Treffen diskutieren wir und vernetzen uns mit externen Expert*innen und den grünen Abgeordneten aus Bund und Land. Gemeinsam entwickeln wir politische Konzepte, die wir bei Parteitagen einbringen können, und arbeiten an Wahlprogrammen mit. Unsere Termine finden derzeit vor allem online statt und stehen allen Interessierten offen – also schau vorbei!“

Katharina Wittig, Sprecherin der LAG Gesundheit und Soziales

Hochschule, Forschung, Technologie

Katharina und Ulrich vertreten die Sprecher*innen der insgesamt 21 Landesarbeitsgemeinschaften der bayerischen GRÜNEN.

www.gruene-bayern.de/lag

Inklusion und Behinderten-politik

Integration, Flucht, Migration

Kultur

Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

Ökologie, Tiere, Umwelt, Natur

Queer. Grün. Bayern.

Säkulare Grüne

SilberGrüne

Sport

Verkehr, Planen, Bauen

Wirtschaft und Finanzen